

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikationsorgan

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolpe, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten des Stadt- und Landkreises Stolpe 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespalt. Reklamezeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland.

Nr. 174

Sonnabend den 26. Juli 1924.

48. Jahrgang

Auf dem toten Punkt.

Keine Anleihe ohne Sicherheit.

Die Londoner Konferenz ist auf dem toten Punkt angelangt. Trotz aller offiziellen und unverbindlichen Verhandlung mit dem Plenum, in den Ausschüssen und in privaten Zusammenkünften ist man sich in den letzten Tagen keinen Schritt näher gekommen. Immer deutlicher tritt nur das eine hervor: daß ein unter dem Damocles-Schwert französischer „Sanktionen“ sitzendes Deutschland für keinen Geldmann in der ganzen Welt kreditfähig ist. Ueber die letzten Verhandlungen mit den Bankiers verlautet:

Der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, wäre für seine Person bereit den wieder ausgearbeiteten Vermittlungsvorschlag Youngs in der Sanktionsfrage als genügend anzusehen, dagegen beharren der Partner Morans, Lamont, und die amerikanischen offiziellen und inoffiziellen Teilnehmer der Konferenz auf ihrem Standpunkt, daß auch dieser Vorschlag noch nicht genüge, weil er den Hauptanstoß noch nicht beseitige, den die Bankiers im Namen der Anleihezeichner nehmen: daß sich nämlich die Reparationskommission auch bei dem Vorschlag Youngs noch immer vorbehaltlos über die Verträge Deutschlands zu entscheiden. Selbst die volle finanzielle Anleihegarantie jener Macht, die individuelle Sanktionen ergehen würde, könne die Bedenken nicht beseitigen; denn selbstverständlich befürchte man solche individuellen Sanktionen — am ehesten von Frankreich und Belgien —, und weder französische noch belgische Franken und Kredite könnten dann als genügende Sicherheit für die Anleihe erscheinen. Dagegen habe Herriot bisher nur eine Garantie für den Zinsendienst, nicht aber eine Garantie für den ganzen Kapitalwert, der ersten Anleihe abgeben wollen. In diesem Punkt ist also noch kein Fortschritt erzielt worden. Demgegenüber will es wenig bedeuten, daß sich Herriot und Macdonald darüber geeinigt haben, daß auf der Konferenz nur folgende fünf Punkte verhandelt werden sollen:

1. wirtschaftliche Räumung der Ruhr,
2. militärische Räumung der Ruhr,
3. die im Januar aktuell werdende Frage der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer,
4. die Frage des individuellen Sanktionsrechtes einzelner Mächte,
5. die Frage der geforderten 4000 französisch-belgischen Eisenbahner im Rheinland.

Es wird behauptet, daß Herriot hierbei zugesagt haben soll, daß er in jedem dieser fünf Punkte den englisch-amerikanischen Wünschen so weit wie nur irgend möglich entgegenkommen wolle, jedoch müsse er dann, um seine parlamentarische Lage überhaupt erhalten zu können, einige „Kompensationen“ erhalten. Diese Forderung läßt darauf schließen, daß sich Herriot die Räumung der Ruhr vielleicht durch das Zugeständnis abkaufen lassen will, daß die rheinische Besatzungstrifft noch nicht zu laufen begonnen hätte, daß die Engländer Köln im Januar noch nicht räumen sollen oder, wenn sie dies dennoch tun, daß den Franzosen ein gewisses Wiederbesatzungsrecht zugestanden werden soll.

Deutschland als Gleichberechtigter.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ will Donnerstag abend erfahren haben, daß Macdonald im Einvernehmen mit den anderen Delegationsführern und nach dem er die juristischen Sachverständigen Frotaigeot und Cecil Hurst gehört hatte, die deutsche Regierung aufgefordert habe, sich bereit zu halten, Delegierte nach London zu entsenden. Desgleichen schreibt „Times“, daß das wahrscheinliche Ergebnis der Beratungen des neuen juristischen Ausschusses sein wird, daß einige der Dawes-Vorschläge als in den Rahmen des Friedensvertrages passend befunden werden, daß sich jedoch andere außerhalb des Friedensvertrages befinden. Für die Mitteilung der ersteren an Deutschland würde die Reparationskommission die gebene und ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Für die letztere müßten deutsche Delegierte beauftragt werden, um durch ihre Unterschrift den neuen Bedingungen volle Zustimmung zu erteilen.

Gegenüber diesen Mitteilungen des „Parisien“ und der „Times“ über eine an Deutschland ergangene Einladung, selbst das WTB, daß an Berliner zuständiger Stelle nichts davon bekannt ist. Nach einer Havasmeldung aus London, die offiziellen Charakter trägt, ist es jedoch möglich, daß die Freitag nachmittag zusammentretende Konferenz auch über

die endgültige Einladung Deutschlands und den Termin, zu dem deutsche Vertreter zu senden sind, beschließen wird. Andererseits will man wissen, der Tag der Ankunft würde erst später festgesetzt werden. Aus französischer Quelle verlautet ergänzend, daß Macdonald im Einverständnis mit den anderen Führern der Delegationen und nach seiner Unterredung mit den juristischen Sachverständigen die deutsche Regierung benachrichtigen wird, sich für die Entsendung der Vertreter nach London bereit zu halten. Französischen Berichtstattern gegenüber erklärte Herriot Freitag morgen, daß die beiden Rechtsfachverständigen der Konferenz, Hurst und Fromageot, im Laufe des Donnerstags bereits zu einer grundsätzlichen Uebereinstimmung gelangt sind. In ihren Gutachten sollen sie betont haben, daß zahlreiche Bestimmungen des Dawes-Planes sachliche Verhandlungen auf der Basis der Gleichberechtigung mit Deutschland erforderlich machen. Somit ist also der oben angeführte Wink an Deutschland sehr wohl möglich. Es scheint jedenfalls, daß man sich in London einig über die Sache ist, Deutschland zu laden, andererseits aber noch Unstimmigkeiten bestehen über die Form, wie Deutschland zur Konferenz gezogen werden soll. Aus Amerika hört man, daß das Staatsdepartement darauf dringt, daß Deutschland als Gleichberechtigter gehört wird. Frankreich ist dagegen nur für die Rücksichtslosigkeit des Diktates. Gezwungen kann Deutschland zur Annahme jedoch nicht werden, da, wie die „Times“ selber schreiben, der über den Versailles Vertrag hinausgehende Teil des Gutachtens der zustimmenden Unterschriften deutscher Vertreter bedarf.

In Berliner Regierungskreisen wird die Einladung zur Londoner Konferenz erst für Anfang nächster Woche erwartet, da das Ergebnis der Besprechungen des juristischen Ausschusses in London zunächst durch die Vollziehung, die in dieser Woche nicht mehr stattfindet, gebilligt werden muß. Mit besonderem Nachdruck wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die französische und die belgische Ansicht, auch nach der Liquidation der Regie fremde Eisenbahner im deutschen Gebiet zurückzulassen, gänzlich undurchführbar sei.

Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ in London drahtet unter dem 25. Juli seinem Blatte nach Paris, daß am kommenden Montag in der Frage der Garantien und der Sanktionen eine Formel gefunden werde, die nicht wesentlich von der von den Belgiern vorgeschlagenen abweichen werde. In der Frage der Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit habe die zweite Kommission ihre Arbeiten vollendet mit Ausnahme der Frage der 4500 Eisenbahner, die Belgien und Frankreich in den Rheinlanden belassen wollen. Es sei nicht unmöglich, daß man zur Schlichtung nochmals die Vollkonferenz zusammenrufen werde.

Im Zusammenhang hiermit berichtet der „Petit Parisien“, der Bericht enthalte zwei Vorbehalte hinsichtlich des Abbaues der Militärbesetzung und der 4000 franko-belgischen Eisenbahner, die nach Auffassung französischer Militärsachverständiger zur „Sicherheit der Besatzungsarmee“ in dem rheinisch-westfälischen Eisenbahnez verbleiben müssen. Die Unterkommission hat erklärt, daß sie für die Beurteilung der beiden Fragen nicht zuständig sei, sondern nur eben die Vollkonferenz Entscheidungen hierzu treffen könne.

Die Reparationskommission.

London, 25. Juli. „Daily Mail“ zufolge heißt es in Konferenzkreisen, daß die Reparationskommission nach London kommt, um leichter zu Rate gezogen zu werden und ferner um Sitzungen in allen Fällen abzuhalten, in denen sie irgend etwas mit dem zu tun habe, was im Dawesbericht enthalten sei.

Amerikas Forderungen.

New York, 25. Juli. Finanzielle Kreise und auch ein großer Teil der politischen Presse äußern sich ziemlich ungehalten über die Stellungnahme Herriots in London und es werden unabhängige, auf Frankreich gemünzte Voraussetzungen für die Anleihe aufgestellt:

1. Frankreich gibt Sicherheit, daß es Invasionen in Deutschland unterläßt, da dieses sonst nicht kreditfähig ist.
2. Der Dawesplan stellt in seiner augenblicklichen Form das äußerste Zugeständnis an Frankreich dar.
3. Sicherheiten gegen einen neuen Krieg.
4. Die Reparationsfrage muß augenblicklich den Politikern entwunden werden und einem internationalen Komitee

unterbreitet werden.

5. Der Zweck der Anleihe muß genauestens umschrieben werden.

6. Hypothekarischer Sicherungen im Falle einer deutschen Verfallens.

Zwischen Stylla und Charybdis.

Paris, 25. Juli. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Matin“ warnt vor dem Abbruch der Verhandlungen und der Kapitulation Herriots. Im ersteren Falle gäbe es keine Anleihe und keinen Dawesplan mehr. Frankreich stünde dann allein der ganzen Welt gegenüber. Diejenigen, die vor sechs Monaten den Franken unterstützten, würden ihn dann angreifen. Die Londoner Kapitulation Herriots würde ihn auch in Paris stürzen. Der Sonderberichterstatter sagt, es sei nötig, daß der französische Ministerpräsident acht bis vierzehn Tage nicht in London weile. Er wäre in Frankreich zur Aufklärung nötiger, und es entspräche auch besser der Würde Frankreichs, daß er nicht jeder Bankierlaune ausgesetzt sei. Vorher könnten die Deutschen auch nicht nach London kommen. Uebrigens seien nicht mehr alle Bankiers einig, und Macdonald habe Herriot gegenüber den französischen Standpunkt gebilligt.

Die Ablehnung des Garantiepakts.

Eine Anfrage im Oberhaus.

Im Oberhaus ersuchte Lord Grey die Regierung um Information darüber, was sie bis jetzt im Sinne der Abrüstung veranlaßt habe. Er bemerkte, daß der vom Völkerbund beschlossene gegenseitige Garantiepakt einen äußerst ernsten Gedanken und mühevollen Erwägungen zum Hintergrund habe, weshalb er, da die Regierung ihn abzulehnen für nötig befunden habe, an sie die Frage stellen müsse, welche anderen Mittel sie zur Schaffung der europäischen Sicherheit anzuwenden gedenke. Sollte die Regierung kein Programm in diesem Sinne besitzen, so müsse man befürchten, daß das Wettrennen Europas erneut einer Krise entgegengetrieben werde, wie sie 1914 eingetreten sei.

Im Namen der englischen Regierung erwiderte Lord Parmour. Er erklärte, die Regierung habe den vom Völkerbund geschlossenen gegenseitigen Garantiepakt deshalb abgelehnt, weil er auf falschen Grundbegriffen beruhe und durchaus nicht auf jede Situation anwendbar sei. Die Regierung sei ebenfalls von der Lebensnotwendigkeit der Abrüstungspolitik überzeugt und erkenne ebenfalls den verhängnisvollen Einfluß der Furcht vor neuen Kriegen. Der Abrüstungsgehalt sei das Axiom der Politik der englischen Regierung und sie verjuche alle Mittel, um diesen leitenden Gedanken ihrer Politik überall zur Geltung zu bringen. Der Plan des Völkerbundes werde niemals geeignet sein, die Abrüstung zu verwirklichen, solange nicht die Nationen Mitglieder des Völkerbundes seien, die heute noch draußen stünden. Alle englischen Dominions, mit Ausnahme der irischen Freistaaten, hätten sich gegen diesen Garantiepakt ausgesprochen. Da z. B. Kanada sich für eine Zurückweisung ausgesprochen hatte, hätte die englische Regierung nicht umhin können, ihn ebenfalls zurückzuweisen. Australien, Neuseeland und Indien unterstützten die Auffassung der englischen Regierung. Südafrika habe seiner Meinung dahingehend Ausdruck gegeben, daß der Garantiepakt durchaus keine vollständige Lösung des Problems darstelle. Unter diesen Umständen sei es natürlich der englischen Regierung unmöglich gewesen, ihn anzunehmen. Ohne gegenseitige militärische Vorbesprechungen sei dieser Garantiepakt eine Farce und eine Enttäuschung.

Kein Hochschußzoll.

Reichswirtschaftsminister Hamm über unsere Handelspolitik.

Der Reichswirtschaftsminister hat dem Berliner Vertreter der „Times“ eine Unterredung über die Frage, ob und welche grundsätzliche Bedeutung der neuen Marzollvorlage für die Neuorientierung der deutschen Seehandelspolitik beizumessen sei, gewährt, in der er folgendes ausführte:

Man spricht von der Marzollvorlage vielfach, als wenn sie ganz neue Wege einschläge. Das ist nicht der Fall. Sie stellt wieder her, was war, und möglichst darüber hinaus weitere Zollermäßigungen für gewisse Erzeugnisse der heimischen Landwirtschaft und Erzeugung, nämlich für Getreide und Viehfleisch, für Futtermittel und Zucker. Wenn schon seit der Außerkraftsetzung dieser Zölle vor 10 Jahren vieles verändert hat, insbesondere auch durch den Verlust wichtiger landwirtschaftlicher Ueberschußgebiete, so ist doch wohl auch

Hier die Frage klar, daß ein Land wie Deutschland nicht auf den Schutz seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber der Einfuhr aus klimatisch begünstigteren Ländern ganz verzichten kann. Bei Beurteilung der Zollfragen darf nicht übersehen werden, daß die Belastung der inländischen Erzeugung durch die Umsatzsteuer die Zollbelastung ausländischer Waren zu einem großen Teile aufwiegt.

Auf die Frage, wie man etwa die zukünftige Zoll- und Handelspolitik Deutschlands vorläufig sich vorstelle, antwortete der Minister: Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß nach den politischen wirtschaftlichen Veränderungen das Schicksal der deutschen Wirtschaft zu einem noch wesentlich größeren Teil als früher vom Außenhandel abhängen wird. Deutschland bedarf notwendiger Einfuhren aus dem Auslande an Rohstoffen und Lebensmitteln. Es ist mit ungeheuren Reparationspflichten belastet. Zur Abdeckung dieser Zahlungspflichtungen hat Deutschland gegenwärtig fast nichts mehr als den Gegenwert seiner Ausfuhr.

Wir müssen unter allen Umständen eine entgegengesetzte Zollbehandlung unserer Waren in der Welt erstreben und sind uns darüber im klaren, daß wir auf eine solche nur rechnen können, wenn wir uns selbst den Erzeugnissen anderer Staaten nicht willkürlich verschließen. Deshalb wird der in der Ausarbeitung begriffene neue Zolltarif keine hochschutzzöllnerischen Zwecke verfolgen, der Weg vielmehr, auf dem Deutschland zum Ziel der Sicherung seines Abfahrs zu gelangen gedenkt, ist der Abschluß von Handelsverträgen, in denen den am deutschen Marke interessierten Staaten erhebliche Zollerleichterungen gegen entsprechende Zugeständnisse gewährt werden sollen. Insbesondere aber erwartet Deutschland durch diese Verträge, die Gleichberechtigung und die Meistbegünstigung mit anderen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet wiederzuerlangen.

Deutscher Reichstag.

Der Notetat.

Berlin, 25. Juli.

Wie man heute die Sozialdebatte fortsetzt, werden einige kleine Vorlagen erledigt. Beim Gesetz über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden beantragt Abg. Kreuzburg (Komm.), statt „bewaffnete Macht“ zu sagen „Reichswehr und Marine“, weil man unter bewaffneter Macht auch den Stahlhelm, den Wehrtrio I und andere Fasziistenorganisationen verstehen könne.

Abg. Schmidt-Hannover (Deutschn.) stellt fest, daß aus dem noch den Franzosen ein gewisses Wiederbesetzungsalles kommunistischen Reden ein abgründiger Haß gegen alles spricht, was mit der deutschen Wehrhaftigkeit zusammenhänge. Aber auch der sozialdemokratische Abgeordnete Lübbing, der früher in Königsberg Polizeipräsident war und jetzt in Dortmund sei, habe am Donnerstagabend bei einer Tumultszene ausgerufen: „Alle Offiziere sind Lumpen!“ (Sturm. Psü!-Rufe rechts und große Erregung, anhaltende Unruhe und Lärm.) Zur Personalpolitik Severings, der diesen Lübbing im Amte lasse, könne man kein Vertrauen haben.

Abg. Lübbing (Soz.) erwidert, er habe nur gesagt, solche Offiziere, wie der nationalsozialistische Sprecher Ablemann seien Lumpen. (Großer Lärm rechts. Zurufe: Gemeiner Lügner! — Abg. Jakob (Nat.-Soz.) erhält einen Ordnungsruf.)

Die Vorlage wird darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen. Das Haus wendet sich dann wieder den sozialen Angelegenheiten zu und setzt die Einzelbesprechung bei der Erwerbslosenfürsorge fort. Schließlich werden die Ausschussanträge in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der sozialdemokratische Antrag über die Erhöhung der Lohntiensteuern und des Vermögenssteuerzuschlages wird dem Steuer-ausschuss überwiesen. Der Ausschussantrag zur Kriegsbeschädigtenfürsorge wird in dem einen Punkt geändert, und die Frage der Nachzahlung für die bereits gezahlten Abfindungen auf Antrag der Deutschen Volkspartei dem Aufwertungsausschuss überwiesen.

Tote, die leben!

Wiener Original-Roman von A. Gottner-Grese.

19. Fortsetzung)

Nachdruck verboten)

„Ob hier nicht wieder dieser Schuft, der Wahr, dahinter steckt,“ sagte Frau Agnes Mirbach von ihrem Lehnstuhl aus; „sahen Sie denn keine Fußspuren? Wahr hintert ein wenig und seine Tritte müßten ja leicht zu erkennen gewesen sein?“

Fußspuren waren keine zu erkennen; weder ich, noch Förster Weinhard konnten solche unterscheiden. Regen und Wind werden sie wohl unkenntlich gemacht haben, wenn wirklich solche vorhanden waren. Wie kommt du übrigens auf Wahr, Tante? Was soll er mit der Sache zu tun haben?“

„Er war immer der böse Geist unserer Familie,“ antwortete Frau Agnes Mirbach seufzend; „wo uns Unheil drohte, da war Hugo Wahr. Ich habe auch das bestimmte Gefühl, daß er es war, der jene anonymen Briefe schrieb, durch welche Hedwig immer ihre Stellung verlor.“

„Das ist mehr als wahrscheinlich,“ fügte Dr. Richter hinzu „wenigstens war er der einzige Mensch, der einen unverhüllten Haß gegen Hedwig hatte, wie ich aus ihrem eigenen Munde weiß.“

In diesem Augenblick läutete es. „Es wird der Schuhmann sein, der Hedwigs getragenes Kleid zurückbringt. Ich übernahm es, ihr einige unentbehrliche Toilettesachen in der Hast nachzusenden und da hat sie jetzt die getragenen Sachen zurückgeschickt.“

Frau Mirbach, welche dem Manne geöffnet hatte, brachte ein Paket. Es enthielt in der Tat das dunkle Kleid, das ihre Tochter am Vortage getragen. Aus seinen Falten fiel ein weißes Blatt zu Boden.

Frau Agnes bückte sich. „Ein Brief von Hedwig,“ sagte sie mit von Tränen erhellter Stimme. Ich erkenne ihre Schrift.“

Ihre Hände zitterten so stark, daß sie die Hülle nicht erbrechen konnte.

„Nimm du den Brief, Hella,“ sprach sie schwach, „und lies ihn mir vor. Ich sehe nichts mehr. Mir ist so elend zumute.“

„Liebe Mutti! Der Freundlichkeit des Herrn Untersuchungsrichters, der mich trotz des dunklen Verdachtes, der auf mir lastet, mit großer Güte behandelt, verdanke ich die Erlaubnis, schriftlich von Dir Abschied zu nehmen. Es ist viel über uns gekommen. Liebe Mutti; aber sei tapfer und vertraue der Zukunft, so wie ich. Ich bin unschuldig an Onkel Irweins

Es folgt dann die Einzelberatung der Frage der Fürsorgepflicht.

Die Ausschussanträge werden darauf in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ein Antrag v. Gräfe (Nat.-Soz.) auf Aufhebung des Disziplinarstrafverfahrens gegen den Abg. Dr. Fridl wird entsprechend dem Antrage des Ausschusses abgelehnt.

Die außenpolitische Aussprache.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther leitet die Beratung des Notetats ein. Er stellte fest, daß es sich nicht um eine Verlängerung der bisherigen Notgesetzgebung handele, sondern, daß jetzt ein vorläufiger Haushaltsplan vorgelegt wird, der der Regierung die Weiterführung der Geschäfte ermöglichen soll.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) verliest dann eine Erklärung der Mittelparteien. In dieser heißt es: Wir halten die Herbeiführung einer außenpolitischen Tebarte in diesem Augenblick für wenig förderlich. (Stürmische Aha!-Rufe rechts.) Wir billigen die Außenpolitik des Kabinetts als eine Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigen-gutachtens. (Psü!-Rufe und hört, hört! rechts.) Das besetzte Gebiet muß wirtschaftlich und militärisch geräumt werden, der Vertragszustand im altesetzten Gebiet wiederhergestellt, die Gefangenen befreit und die Ausgewiesenen zurückgeführt werden. (Beifall in der Mitte.) Die deutsche Souveränität muß wieder aufgerichtet und die vom Rheinlandabkommen genommenen Rechte der rheinischen Bevölkerung müssen zurückgegeben werden. Deutschland kann nur im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit schaffen. Da die Verpflichtungen des Gutachtens über den Versailler Vertrag hinausgehen, können sie nur auf dem Wege freier Verträge übernommen werden. Wir vertrauen darauf, daß die Reichsregierung in diesem Geiste in die Londoner Verhandlung eintritt.

Reichskanzler Marx nimmt darauf das Wort zu einer Erklärung, in der es heißt: Man scheint auf verschiedenen Seiten des Hauses noch in Unkenntnis zu sein darüber, welche Stellung das Reichskabinet in der auswärtigen Politik einnimmt. Der Außenminister hat im Auswärtigen Ausschuss auf die zahlreichen Fragen eingehend Auskunft gegeben und die Auffassung über die außenpolitische Lage ausführlich dargelegt. Angesichts der augenblicklichen Lage und namentlich der Tatsache, daß zurzeit über die Ergebnisse der Londoner Konferenz noch nichts bestimmtes zu sagen ist, hält die Reichsregierung es nicht für zweckmäßig, hier in nähere Darlegungen einzutreten. (Lebhafte hört! hört! rechts. — Zustimmung in der Mitte.) Der Standpunkt der Regierung ist derselbe, den ich in meiner Regierungserklärung am 4. Juni dargelegt habe. Auch bezüglich der Schuldfrage hat die Regierung ihren bisherigen Erklärungen nichts hinzuzusetzen. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, sich mit allen Kräften für die Durchführungen der Wünsche und Forderungen des Vordrängers, hinter denen auch der überwiegende (!) Teil des Volkes steht, einzusetzen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Scheidemann (Soz.), mit großer Unruhe von der Rechten empfangen, betont, daß sich in der

Zurückweisung der Kriegsschuldlüge

das ganze deutsche Volk einig sei. Aber im Auslande sei die Situation leider so, daß dieser Kampf vorläufig (?) ausichtslos (?) sei. Nach der Rede des Abg. Berndt (Deutschn.) wisse man bereits, daß diese Debatte im Auslande nur schaden werde. Die Schuldfrage sei eine deutsche, nicht eine Parteifrage. (Beifall.) Bei der Prüfung der Kriegsschuld jünde man, daß stets der Dirigent Ludendorff war, und wenn man die Schuld am Zusammenbruch prüfe, so sei es wieder Ludendorff. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Ohne eine deutsch-französische Verständigung sei Europa nicht zur Ruhe zu bringen. Der Redner erklärte sich zum Schluss für das Sachverständigen-gutachten und den Achtstundentag und gegen eine Verteuerung des Brotes durch Lebensmittelzölle.

Abg. Rosenbergs (Komm.) hält der Regierung vor, sie sei hilflos, ratlos und sprachlos.

Abg. Berndt (Deutschn.) hätte schon eine etwas entschiedenere Erklärung der Reichsregierung gewünscht, gerade jetzt,

Tode, das schwöre ich Dir feierlich. Eine unglückselige Verletzung von Umständen ist schuld an meinem Schicksal. Aber verirage nicht! Das Rätsel muß sich lösen und wir haben ja Freunde, die zu uns halten und uns helfen werden. Und für mich hat dieser schreckliche Abend ein Glück gebracht, das mich hinaushebt über den Druck des Heute. Ich weiß jetzt, daß Kolf mich liebt und der Gedanke an seine Liebe hält mich aufrecht in dem schweren Kummer, unter dem ich leiden muß. Er aber glaubt an mich, das weiß ich. Und so hoffe ich getrost, daß noch einmal ein Tag kommen wird, an dem die schweren Wolken des Schicksals vorübergezogen sind und wir uns am Sonnenschein des Glückes erfreuen dürfen. Ueber mein äußeres Schicksal sei ruhig. Ich bin so gut gehalten, als es nur möglich ist. Lebe wohl, liebste Mutti, und baue darauf, daß wir uns bald wiedersehen werden.“

Hella ließ das Blatt sinken und legte es in Frau Mirbachs Schoß. Diese streichelte zärtlich darüber hin und streckte dann Kolf Irweins die Hand entgegen.

„So ist es jetzt ein Freund mehr, der zu uns gehört,“ sagte sie herzlich. „Ich habe dich von jeher lieb gehabt, Kolf. Ich achte deinen ernsten und festen Willen und wenn du glaubst, daß du dich über die dunklen Punkte in unserem Leben hinwegsetzen kannst, so weiß ich, daß mein Kind bei dir geborgen ist. Ich habe sie wachsen sehen, eure Liebe, aber ich habe nie etwas dazu getan, sie zu begünstigen. Immer habe ich Hedwig gewarnt, ihr Gefühl zu verraten. Denn ich wußte wohl, daß Werner Irwein mit dir andere Pläne hatte. Nun euch aber ein gemeinsames Schicksal zusammenggeführt hat, möge es für euch zum Glück ausschlagen, wenn wieder eine bessere Zeit für uns alle gekommen ist.“

„Die wird kommen, daran glaube ich fest,“ sprach der junge Mann. „Und Hedwigs Schicksal kannst du ruhig in meine Hände legen. Die sollen fortan nur für ihr Glück arbeiten und meine Liebe soll ihr alles vergelten, was sie um den Namen Irwein gelitten.“

Er hatte den Kopf der alten Frau an seine Brust gelehnt und Hella strich sanft und schmeichelnd über ihre Hände. Dr. Richter stand abgewendet am Fenster und blickte stumm in den Garten hinaus. Eine kurze Weile herrschte unter diesen vier Menschen eine weiche Stille.

Dann erhob sich Hella, trat neben ihren Bruder und legte ihm bedeutungsvoll die Hand auf den Arm.

„Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren, Kolf! Hedwig vertraut auf dich und wartet. Du hast unserem Freunde noch nicht alles gesagt. Tue es jetzt. Denke daran, daß uns nur

wo die Blicke der Mehrzahl auf den Reichstag gerichtet sind. Leider hat auch der Außenminister es unterlassen, sich näher zu äußern. Da die Regierung eine klare Stellungnahme vermieden habe, behalte seine Fraktion sich ebenfalls ihre Haltung durchaus vor. Gegen die Kriegsschuldlüge müsse der Kampf mit aller Kraft aufgenommen werden. Mit dem Schuldbekenntnis stehe und falle der Versailler Friedensvertrag. Damit sei der in London zu gehende Weg vorgeschrieben. Der Redner gibt dann einen längeren geschichtlichen Rückblick und weist die Kriegsschuld Frankreichs und Englands nach. Frankreich habe jetzt ein Heer fünfmal so groß wie vor dem Kriege. (Lebhafte Beifall rechts.)

Deutsches Reich.

Noch keine Einladung zu neuen Micumverhandlungen. Zu den aus französischer Quelle stammenden Düsseldorf-Berichten, wonach Ende dieser Woche neue Verhandlungen der Micum mit dem Ruhrbergbau über eine Verlängerung des Micumabkommens stattfinden sollten, wird mitgeteilt, daß bei den in Betracht kommenden Vertretungen des Ruhrbergbaues bis heute noch keine Einladung der Micum zu ver-a-tigen Verhandlungen eingegangen ist. Der Micumvertrag mit dem Ruhrbergbau läuft bekanntlich Ende d. Mts. ab. Offenbar will man aber bei der Micum den Beginn der neuen Verhandlungen möglichst solange hinausschieben, bis ein Ergebnis der Londoner Konferenz vorliegt.

Zollermäßigung durch die Rheinlandkommission. Auf Antrag der Solinger Industrie- und Handelskammer hat der leitende Bewilligungsausschuss der Rheinlandkommission mit Wirkung ab 16. Juli für die dem Solinger Abkommen angeschlossenen Firmen den Zoll für eine Reihe von Waren aus dem unbefetzten Gebiet ins besetzte Gebiet auf 25 Prozent der normalen Zollsätze ermäßigt. Es handelt sich in erster Linie um Harttauschul, Harttauschulwaren und um Mittel in jeder verarbeiteten Form.

Zollvorlage im Reichswirtschaftsrat. Der Wirtschaftspolitische und der Finanzpolitische Ausschuss beschäftigten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 24. Juli 1924 mit der Weiterberatung des Entwurfs eines Gesetzes über Bülle und Umsatzsteuer. Dabei wurde mit 27 gegen 16 Stimmen eine einheitlichen Schutz der gesamten nationalen Arbeit wiederherzustellen, gebilligt wird.

Die Reichsbahn im besetzten Gebiet. Im Reichstags-ausschuss für die besetzten Gebiete gab der Reichsverkehrsminister eine umfassende Darlegung der Ent wicklung der Ver-hältnisse der Reichsbahn seit Abbruch des passiven Widerstandes. Die Feststellungen waren sehr ernster Art, die daran geknüpften Erklärungen des Ministers wurden als vertraulich bezeichnet. Unter dem Eindruck dieser Erklärungen beschloß der Ausschuss auf Antrag Moldenhauer (D. Vp.), die Entscheidung über die vorliegenden Anträge zu den Beamtenfragen auf 14 Tage hinauszuschieben. Bis dahin soll auch keine Entscheidung über den Abbau von Beamten oder Arbeitern getroffen werden.

Eine Anfrage wegen der Haftentlassung des Separatisten Helfrich. Im Münchener Landtag hat der Völkische Block eine Anfrage eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß der Sohn des separatistischen Bürgermeisters Helfrich von Mönchweiler aus dem Gefängnis entlassen wurde, nachdem der Oberreichsanwalt den Haftbefehl gegen ihn aufgehoben habe. Die Haftentlassung habe in der Pfalz große Erregung hervorgerufen. Die Regierung wird um Auskunft er sucht, ob es richtig sei, daß die Entlassung Helfrichs auf Betreiben des britischen Generalkonsuls Clive in München erfolgt sei.

Auslands-Rundschau.

Das neue griechische Kabinet. Nach Meldungen aus Athen ist das neue griechische Kabinet unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Savoulis gebildet worden. Außenminister ist Rouffos. Das neue Kabinet, das Vertreter sämt-

unbedingte Wahrheit aus diesem Labyrinth zum Licht führen kann.“

Dr. Richter hatte sich bei den Worten Hella interessiert v. angewendet.

„Was hast du mir noch zu sagen?“ fragte er gespannt. Kolf war aus seinen Zukunftsträumen emporgehoben. Er wußte sofort, was Hella meinte. Also jetzt, jetzt kam das Schwerste. Jetzt sollte er von der gefundenen Spitze sprechen und wenn es sich herausstellte, daß sie Hedwigs Eigentum war, so hatte er einen neuen Verbachsgrund gegen sie ver-raten, hatte der Geliebten eine neue Kette um den Fuß geschlungen. Er zögerte einen Augenblick, und ein tiefer Seuf-zer entrang sich seiner Brust. Aber er raffte sich auf. In Hella hatte recht. Nur die Wahrheit konnte zum Ziele führen. Und diese qualenden Zweifel mußten gelöst werden, je eher, je besser. Er griff in seine Briefftasche und zog das kleine Spitzenendchen hervor.

„Diesen Fäden fanden der Förster und ich heute morgen an einem Rosenstrauch hinter dem Gartenhause.“

Und nun erzählte er mit geprehter Stimme von den nä-heren Umständen, unter denen sie dies Beweisstück gefunden.

Der junge Polizeibeamte hörte aufmerksam zu, ohne den Freund mit einer Frage zu unterbrechen. Dann nahm er den Fäden in die Hand, prüfte ihn sorgfältig und hielt ihn gegen das Licht.

Auch Frau Mirbach hatte sich aufgerichtet. Aber kaum hatte sie einen Blick in das Spinentischen geworfen, so fuhr sie entsetzt von ihrem Sessel auf.

„Um Gottes willen!“ rief sie; das ist Hedwigs Spitze! Ich kenne sie an dem Rosenmuster und den auf- und abwärts ver-schlungenen Linien.“

Dr. Richter sah sie ernst an.

„Wissen Sie es gewiß, daß diese Spitze von dem Kleide Ihrer Tochter stammt?“

Frau Mirbach nickte.

„Ich habe sie ihr gestern, bevor sie fortging, selbst daran genäht. Der alte Besatz war etwas zerrissen und ich trennte ihn ab. Dann suchte ich in der Lade nach etwas Passendem und da fiel mir ein Päckchen mit alten Spitzen in die Hände, von dem ich selbst nicht weiß, wie ich dazu gekommen bin. Ich wickelte es auf und bewunderte noch das schöne Muster, die fein gearbeiteten Rosen und die edel geführten Ranken. Da es nun in die Farbe zum Kleide paßte, trennte ich einen Teil ab und nähte ihn ihr auf. Das übrig gebliebene Stück muß noch irgendwo im Kasten liegen.“

Fortsetzung folgt.

sicher Parteien umfaßt, hat in den politischen Kreisen eine günstige Aufnahme gefunden. Es wird sich am 28. Juli dem Parlament vorstellen und wahrscheinlich nach der ersten Sitzung die Vertagung der Kammer beantragen.

Gegenoffensive der Ausständischen in Brasilien. Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires dauert die Beschießung der Stadt Sao Paulo durch die Bundesstruppen an. Die Lage hat sich in den letzten 24 Stunden erheblich verschärft. Die Ausständischen haben südlich der Stadt Verschanzungen angelegt und bereiten eine Gegenoffensive auf Rio de Janeiro vor. In verschiedenen Städten ist der Belagerungszustand verhängt worden. Die Zeitungen dürfen nur die offiziellen Kommuniqués veröffentlichen. Die ausländischen Blätter sind im gesamten Lande verboten.

Vermischtes.

Der Eucharistische Kongress eröffnet. Der Kardinallegat hat die in Amsterdam zusammengekommenen Bischöfe, darunter Fürstbischof Vertram-Breslau und Kardinal Schulte-Röhl, in besonderer Audienz empfangen. Der Kongress wurde in der Willibrord-Kirche eröffnet.

Die Zinker tagen in Marienburg. Nach der vorjährigen Amtertagung in Bregenz (Tirol) findet die diesjährige Versammlung in Marienburg vom 25. bis 29. Juli statt. Die führenden Männer auf dem Gebiete der Bienenzucht, Bienenforschung und bienenwirtschaftlicher Arbeit werden in Einzelvorträgen und Besprechungen ihre neuesten Beobachtungen und Erfahrungen mitteilen. In der mit der Tagung verbundenen großen Bienenzuchtausstellung werden vorzüglich der Stand und die Leistungen ostpreussischer Bienenzucht und ihre Bedeutung für unsere Volkswirtschaft gezeigt werden.

Weitere Morde angeklärt. Der Massenmörder Haarmann hat eingestanden, im Frühjahr 1923 den Sohn eines Gastwirts aus Berlin-Zehlendorf in seiner Wohnung umgebracht zu haben. Dieser junge Mensch kam mit seinem Freunde auf der Arbeitsjagd nach Hannover. Haarmann hatte den 17-jährigen jungen Mann ermordet, ihm die Kehle durchgehauen, die Leiche zerstückelt und die einzelnen Teile verschleppt. Die Eltern dieses Opfers haben in Hannover die Leichensünder ihres Kindes wiedererkannt. Haarmann selbst kann sich auf diesen Fall genau besinnen. Weiter hat er eingestanden, den Zimmermann Hannappe aus Düsseldorf im November 1923 ermordet zu haben. Die Ermittlungen haben diese Angabe bestätigt.

Das Diebeslager im Keller. Eine Firma in Hamburg deren ausgiebige Kellerecke aufgefallen war, konnte als eine Schwindelfirma entlarvt werden. Der Inhaber dieser Firma, der Kaufmann Max Hiller, hatte große Mengen Ware aufgelegt, doch blieb er die Bezahlung schuldig, sodaß einige Gläubiger sich die Firma näher ansahen. Das Lager der Firma war leer. Die Kriminalpolizei wurde mit der Ermittlung der Waren beauftragt. Hiller selbst war zu keiner Aussage zu bewegen. Die Beamten ermittelten, daß 5 Kellerräume gemietet hatte, aber auch diese waren leer. Bei Ausmessungen ergab sich, daß die Kellerräume bedeutend kleiner waren als früher. Hiller hatte durch Errichtung von Mauern Verschiebe erhalten. Hinter den eingerissenen Mauern fand die Polizei einen riesigen Warenbestand von mindestens 100 000 Mark. 298 große Pakete, 200 kleinere und ein großer Stapel Konfektionsware wurden beschlagnahmt.

Ein Segler verschollen. Der Segler „Neptun“ der Hamburger Reederei Heins ist vom Seeamt für verschollen erklärt. Das Schiff hat Baltisch-Port am 7. November 1923 verlassen und den Bestimmungsort Iphoe in Holftein nicht erreicht. Bei der Ausreise war das Schiff tief beladen und neben dem Kapitän nur mit einem jungen Mann bemannt.

Ein deutsches Flugzeug in Kopenhagen verunglückt. Beim Aufstieg auf dem Flugplatz in Kopenhagen hatte ein deutsches Flugzeug, die den Luftdienst Kopenhagen-Hamburg versehen, ein Startunglück. Die Maschine kenterte in der Luft und schlug einen Burschenbaum. Der Propeller wurde zerstört, die Maschine zertrümmert. Der deutsche Flugzeugführer Roal und zwei deutsche Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon.

Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft erschlagen. Seit dem April 1917 beweidete die Familie Pierre Roben einen französischen Infanteristen, der während eines Kampfes an der Front verschwand, als tot. Die 70-jährige Mutter erhielt auch seither die gesetzlich vorgeschriebene Pension. Am Abend des 14. Juli, des Nationalfestes, fand sich in Paris in dem Weinausschank, den Joseph Roben unterhält, ein junger Mann in abgerissener Kleidung ein und gab sich als den Vermissten zu erkennen, er wäre desertiert. Gleich darauf verließ er das Lokal. Einige Stunden später wurde bei einer Schlägerei in einem Lokal ein Unbekannter erschlagen. Der Schankwirt Roben wurde benachrichtigt, da der Ermordete dem Roben gleiche, der ihn vor einigen Stunden aufgesucht habe. Roben erkannte den Toten als seinen Bruder.

Duell zwischen Politikern. Der sozialistische Abgeordnete für Neapel, Lucci, war von dem Mitglied der faschistischen Partei Gray als österreichischer Spion bezeichnet worden. Lucci forderte Gray zum Duell heraus, das im Garten einer römischen Villa ausgetragen wurde. Gray wurde durch einen Säbelhieb am rechten Oberarm verwundet, und der Arzt erklärte, obwohl die beiden Duellanten protestierten, die Kampfunfähigkeit des faschistischen Abgeordneten.

Stadt. Kreis. Provinz.

Auf dem heutigen Wochenmarkt kosteten in Goldmark: Schweinefleisch 0,40-0,70, Rindfleisch 0,60-1,00, Hammelfleisch 0,50-0,80, Kalbfleisch 0,60-0,90, Flunders 0,25, Schollen 0,30, Sprotten 0,40, Mohrrüben 0,15, Kürbisse 0,40, Tomaten 0,80, Erdbeeren 0,60, Blumentohl 0,40, Zwiebeln 0,35, Schoten 0,30, Fohnen 0,40, Schweinsbohnen 0,25, Birnen 1,00, Äpfel 0,80, Pflaumen 0,70, Stachelbeeren 0,70, Himbeeren 0,50, Gurken 0,50, Spinat 0,40 das Pfund, Eier 0,11 das Stück, Blaubeeren 0,30, Pfefferlinge 0,10 das Liter, Salat 0,05 der Kopf, Kohlrabi 2 Stück 0,20.

Der Preis für ein Drisgespräch. Der Inhaber öffentlicher Fernsprechstellen mit oder ohne Münzfernsprecher dürfen für eine Fernsprechkarte oder für die Führung eines Drisgesprächs keine höhere Gebühr verlangen als von der Telegraphenverwaltung festgesetzt ist. Diese Gebühr beträgt zurzeit 15 Pfg. In letzter Zeit ist mehrfach hiergegen verstoßen worden. Es liegt im eigenen Interesse des Publikums, wenn es die nächsten Post-, Telegraphen- und Fernsprechämtern namhaft macht.

Die beste Zeit zum Kohleneinkauf ist der Sommer! Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig die günstigste Gelegenheit ist, um den Heizstoffbedarf für den Winter zu decken. Die Kohlenpreise sind stark herabgesetzt worden. Trotzdem herrscht auf dem Kohlenmarkt fast völliger Geschäftsstillstand. Die Kohlenhändler wagen es selbst kaum, sich mit größeren Vorräten einzudecken. Wird jetzt aber nicht gekauft, so häuft sich der Bedarf für den Winter im Herbst derart, daß die Kohlenhändler dann nicht in der Lage sind, den steigenden Ansprüchen zu genügen. Es dürfte in diesem Falle unzweifelhaft eine große Kohlenknappheit eintreten. Die Folge wäre ein starkes Anziehen der Kohlenpreise.

Das Recht zum Tragen der Militäruniform ist durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 geregelt. Hiermit dürfen ehemalige Angehörige der bewaffneten Macht, denen die Berechtigung zum Tragen der Militäruniform verliehen worden ist, von dieser Berechtigung bis auf weiteres nur bei besonderen Anlässen Gebrauch machen, die der Reichskanzler bestimmen wird. Die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung sind unter dem 3. Oktober 1921 erlassen. Hiernach darf von den zum Tragen der Militäruniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht Uniform getragen werden, u. a. bei solchen feierlichen Veranstaltungen unpolitischer Vereine, hinsichtlich derer der zuständige Wehrkreiscommandeur die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat. Wenn hiernach bei einer Kriegervereinsfeier der Wehrkreiscommandeur die Teilnahme von Reichswehrangehörigen gestattet hat, so darf bei einer solchen Gelegenheit von den Berechtigten Uniform getragen werden.

Provinzialausschuß von Pomern. In der Sitzung des Provinzialausschusses am 23. Juli wurde der bisherige Geschäftsführer des Arbeitsnachweisverbandes Dr. Skonitz, zum Geschäftsführer des Pommerischen Landes- und Berufsamtes bestellt. An Stelle des am 30. Juni ausgeschiedenen Provinzialkonservators, Geh. Regierungsrats Prof. Dr. Lemde, dem vom Provinzialausschuß noch der Dank und die Anerkennung für die hervorragenden Verdienste, die er sich in 30-jähriger Amtszeit um die Erhaltung der Kunstdenkmäler der Provinz Pomern erworben hat, ausgesprochen wurde, wurde der Regierungs- und Vaurat z. D. Kothe in Charlottenburg gewählt.

Auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit vom 29. Juli 1923 wurde beschlossen, den Baumbestand auf dem Julo bei Stettin und einen Uferweg am Enzige bei Nörenberg unter Schutz zu stellen. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Ueberlandzentralen genehmigte der Provinzialausschuß die Aufnahme von Wechselkrediten für die Ueberlandzentralen bis zur Höhe von 500 000 Mark. Die Provinzialsteuer im Rechnungsjahre 1924 sollen erhoben werden in Form eines Zuschlages von 8,3 v. H. zu a) den im laufenden Rechnungsjahr tatsächlich an die Stadt- und Landkreise, einschließlich der diesen letzteren angehörenden Gemeinden (Gutsbezirke), fallenden Ueberweisungen aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer; b) dem für 1924 vom Staate verlangten Realsteuerfoll. Der Provinzialausschuß erklärte sich damit einverstanden, daß die Verträge mit den Kreisen über die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzialschaulassen dahin geändert werden, daß die Vereinbarungen von jedem Teile zum Schlusse eines Rechnungsjahres mit einer Kündigungsfrist von 2 Jahren gekündigt werden können, wobei die Kündigung von seiten des Kreises aber nur wirksam ist, wenn gleichzeitig alle übrigen Kreise der Provinz die Vereinbarungen kündigen. Vorbehaltlich der nachträglichen Zustimmung durch den Provinziallandtag übernahm der Provinzialausschuß einen Garantiebeitrag von 60 000 Mark zur Deckung der Baukosten für den Ausbau der Schiffahrtsstraße Stettin-Swinemünde und bewilligte für die kultur- und vorgegeschichtliche Sammlung im Stettiner Stadtmuseum eine Beihilfe von 1000 Mark. Ferner soll dem Provinziallandtage u. a. empfohlen werden: a) Aenderung der Satzung der Pommerischen Provinzial-Lebensversicherungsanstalt dahingehend, daß der Provinzialverband die Haftung für die Verbindlichkeiten der Anstalt, soweit diese nicht durch Beiträge und die Sicherheitsrücklage gedeckt werden, übernimmt; a) Beteiligung des Provinzialverbandes an einer zu gründenden Gesellschaft zum Bau und Betrieb eines Stettiner Flughafens zwischen dem Bahnhof Finkenwalde und dem Danziger See mit einem Anteile bis zur Höhe von 150 000 Mark.

Blutiger Kampf zwischen Polizeibeamten. In Warschau entstand zwischen Polizeibeamten aus Warschau und Schwerin ein Feuergefecht, bei dem die beiden Beamten aus Warschau verletzt wurden. Der in Warschau wohnende Gutspächter Gölle hatte wiederholt Drohbriefe erhalten, in denen er aufgefordert wurde, an einer bestimmten Stelle eine Summe Geldes niederzulegen. Zur Erreichung des Erpressers hatte Gölle in Hagnow und in Schwerin polizeiliche Hilfe erbeten. In den ersten Morgenstunden lagen nun zwei Gendarmierkommissare auf der Lauer. Abnunglos kamen auch zwei Beamte der Schweriner Polizei. Da man sich gegenseitig für Verbrecher hielt, setzte bald ein Feuergefecht ein. Die Schweriner Beamten gaben vier Schüsse ab, durch die der Kommissar Grambow aus Hagnow im Unterleib und an der Schulter verwundet wurde. Nun stürzte sich der Kommissar Hampe auf seine Geauere, erhielt aber einen schweren Schlag über den Kopf und brach bewusstlos zusammen. Jetzt erst klärte sich der Irrtum auf. Der schwerverwundete Kommissar Grambow mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Die Verletzungen des Hampe sind leichter Natur, von dem Erpresser selbst fand sich keine Spur.

Stolz in der Provinz. Am Donnerstag, den 24. Juli, abends 8 Uhr, fand am Strande der Schönheitswettbewerb aller Damen von Stolpmünde, Stolp und Umgegend statt. Für die schönsten drei Damen wurden Frau Widley, Frau Konsul Koepfe und Frau Dr. Stein erklärt. Als Andenken an diesen Abend wurden den Damen von Herrn Kraus Rosensträuße überreicht. Ferner war am Donnerstag ein Kinderfest. Den Abschluß des Festes bildete nach dem Rückmarsch der Kinder zum Lotsenhaus ein aufgelassener Luftballon, der nach einer Weile im Wasser versank.

Schlave. Um ihren Enkel zu besuchen, der in der Irrenanstalt zu Lauenburg untergebracht ist, unternahm ein Mütterchen von 75 Jahren die Fußwanderung von Swinemünde nach Lauenburg und zurück.

Lauenburg. Am 29. Juli feiert das Ehepaar Marohl in Sauln das seltene Fest des 60-jährigen Hochzeitsjubiläums. Das greise ehrwürdige Ehepaar 87 und 84 Jahre alt, erfreut sich großer Mäßigkeit.

Kolberg. Beim Baden geriet der Sohn des Kaufmanns Schwanke in die starke Westströmung und wurde fortgerissen. Er wurde glücklicherweise vom Strand aus beobachtet und einigen Herren gelang es, den schon Bewußtlosen zu retten. Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich.

Treptow a. Rega. Vom Tode des Ertrinkens rettete der Kaufmannslehrling Kurt Fuß den elfjährigen Sohn des Werführers Lausch. Der Sohn des L. badete mit anderen in der Rega und kam der Strömung zu nahe. Kurz entschlossen sprang Fuß dem Jungen, der schon eine Strecke von der Strömung fortgetragen war, nach und brachte ihn ans Ufer.

Barth. Der Eisenbahndirektion in Stettin ging kürzlich ein anonymes Schreiben zu, in dem von Massendiebstählen auf der Güter-Abfertigungsstelle Barth gesprochen wurde. Tatsächlich stellte sich heraus, daß bei der hiesigen Verwaltung seit geraumer Zeit viele Beschwerden über den Verlust von Warensendungen eingegangen waren. Nachforschungen und Beobachtungen blieben stets erfolglos. Nun entsandte die Ueberwachungsstelle Stettin einen Beamten nach Barth. Ihm gelang es, Licht in das Dunkel zu bringen. Als Bahnräuber konnte der seit etwa 25 Jahren hier beschäftigte Ladenschaffner Schepler ermittelt werden. Eine Hausdurchsuchung führte ein reiches Warenlager zutage. Die Nachforschungen haben ergeben, daß außer den von Sch. zugestandenem noch weitere 35 Güterdiebstähle unaufgeklärt sind.

Bäitz. Mit Meliorations- und Deichungsarbeiten sind in Lauenburg seit einiger Zeit 30 Strafgefangene aus dem Zentralgefängnis Gollnow beschäftigt. Dienstag mittag kam es wegen des angeblich ungenügend bereiteten Essens zu Zusammenrottungen der Gefangenen, die sich besonders gegen den aus ihren Reihen am besten gekochten Koch wandten. Dieser benutzte sein großes Küchenmesser als Waffe und verletzete damit einen Gefangenen so schwer, daß dessen Ueberführung ins Städtische Krankenhaus sofort veranlaßt werden mußte.

Standesamt.

Sterbefälle vom 19. bis 25. Juli.

Braumeister Artur Grohn, 57 J. alt; Schlosserlehrling Paul Fragel, 18 J. alt; Rentier Robert Sarpe, 78 J. alt; unberechtigter Johanna Michalski, 29 J. alt; Sohn Bruno des Arbeiters Günz, 11 Mt. alt; Hospitalitin Christiane Wienandt geb. Keizle, 85 J. alt; Arbeiter August Nepp auf Kl.-Sillow, 69 J. alt; Tochter Gerda des Schlossers Greunke, 5 J. alt; Witwe Johanna Harber geb. Ewarobus, 84 J. alt; Futtermeister August Hiller, 50 J. alt; Maschinist Friedrich Bolduan aus Wd. Karstnik, 56 J. alt; Witwe Johanna Much geb. Blumberg, 62 J. alt; Schlossermeister Walter Bedder, 33 J. alt; Stickerin Marta Much, 30 J. alt; Witwe Mathilde Koschall geb. Zibell, 79 J. alt; Tischler Kurt Giese, 23 J. alt; Rentenempfänger August Schmann, 75 J. alt; Sohn Heinz des Händlers Malzahn, 6. Wch. alt; Ehefrau des Rentenempfängers Tische, Johanna geb. Sill, 69 J. alt.

Letzte Meldungen.

Der Aeltestenrat des Reichstages.

Berlin, 25. Juli. Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich heute nachmittag mit der Geschäftsliste. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es wird jedoch gehofft, daß am Sonnabend der Notetat in dritter Lesung verabschiedet werden kann. Dann tritt die Möglichkeit einer längeren Vertagung ein, die durch eine Wiederberufung des Reichstages zur Erledigung der Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten voranschließlich wieder unterbrochen werden muß. Dieser Fall könnte vielleicht in 8 bis 14 Tagen eintreten, aber eine bestimmte Voraussage ist natürlich nicht möglich.

Die deutsche Nothilfe.

Berlin, 25. Juli. Der Reichsarbeitsausschuß der deutschen Nothilfe trat heute zusammen. Die zu der Sitzung erschienenen Vertreter der Behörden, der Länder, sowie der Freien Wohlfahrtsorganisationen vertraten einstimmig den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse und der in weiten Kreisen noch andauernden Not die Organisation der Deutschen Nothilfe noch bestehen bleiben und ihre charitative Sammelstätigkeit fortsetzen müsse. Auch die Vertreter des besetzten Gebietes, insbesondere der Organisation des deutschen roten Kreuzes, sprachen sich in diesem Sinne aus. Zur Verteilung gelangten rund 300 000 Mark. Hiervon wurde über die Hälfte für Notstände im besetzten Gebiet ausgeschrieben, insbesondere wurde ein namhafter Betrag zur Unterstützung Ausgewiesener bestimmt.

Handelsnachrichten.

Der Dollar 4 200 000 000 000

(unverändert)

Goldmark = 1 Billion.

Mittagsbörse (Amtlich) Getreide und Delfaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Goldmark ab Station: Weizen Märk. 178-183. Mitteldeutscher — Roggen Märk. 129-136. Westpr. — — — — — Braugerste 155-165. Futtergerste 148-155. Hafer Märk. 140-145. Weizenmehl 24 00-27 50. Roggenmehl 20,25-22,75. Weizenkleie 10. Roggenkleie 9,80-10. Raps 270-280. Weizenfaat 350-360. Bittoriaerbsen 21-22. Kleine Speiserbsen 14,50-15,50. Futtererbsen 14,50. Weizenfäulen 14. Uckerbohnen 14-15. Wicken 15-16. Lupinen blaue 9,20-10. gelbe 16,50-18. Rapsfuchen 10,50-10,60. Weizenkuchen 19-20. Trodenkorn 8,90-9,10. Vollwertige Zuckerkorn 18-19. Kartoffelflocken 21-22.

Heu und Stroh. (Amtlich) Erzeugerpreise je 50 Kilo ab märkischer Station für den Berliner Markt in Goldmark; Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh (Quadratballen) 50 Pf.; desgleichen Haferstroh —, desgleichen Gerstenstroh —, Roggenlangstroh (mit Stroh gebündelt) und bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh verpackt je nach Frachtlage, Häcksel 80 Pf.; handelsübliches Heu, gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Besatz mit minderwertigen Gräsern, alt und neu 1,15-1,35; gutes Heu desgleichen nicht über 10 Prozent Besatz, alt und neu, 1,50-1,85; Kleehheu lose, 2,10-2,30.

Berliner Butternotierung.

Amtliche Preisfeststellung der Berliner Butternotierungskommission, mitgeteilt vom Verkaufsverband Norddeutscher Molkereien, Berlin S. 25. Die Preise gelten im Verkehr zwischen Erzeuger und Großhandel. Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers.

Berlin, 24. Juli 1924 1. Qualität 1,62, 2. Qualität 1,47, abfallend 1,32 Goldmark.

Tendenz: ruhig.

Stettiner Getreidebörse vom 25. Juli. Roggen, inf. 131 Weizen, inf. 175, Hafer 136, Gerste gefrucht. Tendenz ruhig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung

Betreffend die gesetzliche Miete ab 1. August 1924.

Der Preussische Minister
für Volkswohlfahrt.
II. 6. Nr. 2263.

Für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat August d. Js. verbleibt es bei meiner Anordnung vom 25. Juni d. Js. — II. 6. Nr. 2140, betreffend Regelung der gesetzlichen Miete ab 1. Juli d. Js.

gez. Hirtzfelder

Vorstehender Erlaß des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt wird hiermit veröffentlicht.
Stolp, den 26. Juli 1924.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wiederholt wird bekanntgemacht, daß Gräber, die nicht gepflegt, mit Unkraut bewachsen und verwüstet aussehen, von der Friedhofsverwaltung eingeebnet werden. Denkmal u. Stelle verbleiben jedoch Eigentum der Angehörigen bis zum Ablauf der angekauften Liegezeit.

Stolp, den 26. Juli 1924.

Der Gemeindefriedhofrat von St. Marien.

Bruchleiden

Bettläsungen Rückgrat-
Krampfäden Füßleiden
Muttervorfall Unterleibs-
Schwäche
Schwermhörigkeit Nerven u.
Rheumat.

find ohne Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung,

mittels unserer teils gef. gesch. Spezialerzeugnisse besserungsfäh. u. heilbar.

Unser Fach-
vertreter **Dr. med. Borchardt,** prakt. ist persönlich zu sprechen

Dienstag, den 29. Juli, morg. 7¹/₂—12 Uhr
in Stolp, Bahnhofshotel.

Ph. Steuer Sohn Fabrikation sanit. Konstanz (Baden) Wessen-
Spezialartikel bergstraße 15/17.



Achtung! Bürger Achtung!

Kammerjäger **Obermark**, langjährig erfahrener Fachmann, übernimmt die Vertilgung sämtlicher Ungeziefer wie Ratten, Wühlmäuse, Mäuse, Schwaben, Wanzen, Ameisen usw. unter 2 Jahre schriftlicher Garantie Erfolg innerhalb 24 Stunden. Für Menschen und Tiere unschädlich. Völlige Ausrottung des Ungeziefers ist im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich.

Spezialität: **Bergung gegen Wanzen**

Bei Nichterfolg zahle Geld zurück
Bestellungen erbitte sofort unter Kammerjäger Obermark an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Sorgt für die Erhaltung der städtischen Volksküche

durch Geldspenden bei den Banken und Kassen und durch Liebesgaben, die in der Volksküche wochentags von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags entgegen genommen werden.

Die städt. Volksküche
Reitbahn, Fernruf 1009.

Nach Berichten des Volkswohlfahrtsministers

und im Einvernehmen mit den übrigen preussischen Ministerien,
der Industrie, der Finanzen und des Handels zugelassenes

Großes Preisausschreiben!

1 000 000 G.-Mk. (Eine Million Goldmark)

kommen je nach Eingang der Beteiligung zur Verteilung, so dass bei je 100.000 Eingänge zur Verteilung gelangen:

1 Preis 1 compl. neues Automobil im Werte von	Mk. 10 000.—
1 „ 1 compl. „ Motorrad im „ „ „	3 000.—
6 Preise je ein Piano im Gesamtwerte von	9 000.—
6 „ je 1 Herren- oder Speise- oder Schlafzimmer in echt Eiche nach Wahl des Gewinners	7 200.—
4 „ je ein orientalisches Teppich im Gesamtwerte	3 200.—
6 „ je eine versenkbare Nähmaschine im „ „	1 200.—
5 „ „ Schreibmaschine „ „	900.—
50 „ „ 1 Damen- und Herrenfahrrad „ „	6 000.—
100 „ „ 1 Damenkostüm oder Herrenanzug „ „	10 000.—
200 „ „ 1 Damen- oder Herren-Armbanduhr „ „	10 000.—
300 „ „ 4 Meter Damen- oder Herrenstoffe „ „	7 500.—
1000 „ „ 1 Paar Damen- oder Herrenstiefel „ „	20 000.—
2400 „ „ 100 Zigaretten od. feinste Schokolade „ „	12 000.—

4079 Preise im Gesamtwerte von Mk 100 000.—

Ich suche für meine **Margarine** einen zugkräftigen **Namen**

welcher sich gut und dauernd einprägt.

Für den besten Namen sind obige Preise ausgesetzt

Bedingungen:

- Damit jeder sich ein Urteil über meine Fabrikate, ohne Risiko und Mehrkosten erlauben kann, soll jeder Teilnehmende eine Bestellung von 3 Pfund Margarine Marke „Kluko“ zu Mk. 2 70
- 3 „ Kokusbutter „ „ „ 2 10
- 3 Flaschen feinstes Speiseöl „ „ „ 1 20

zusammen Mk. 6.—

machen Die Margarine ist hergestellt aus garantiert feinsten pflanzlichen Fetten und Oelen, Eigelb und Milch. Dieselbe duftet, bräunt und schäumt wie Naturbutter und spritzt in der Pfanne nicht. — Die Ware wird incl. Verpackung und portofrei geliefert.

Der Betrag von Mk 6.— für obige Ware incl. Porto und Verpackung kann dem Brief beigelegt oder an mein Postscheckkonto Hambg. 42695 eingeholt werden.

- Jeder Teilnehmer hat den von ihm ausgewählten Namen auf einen Briefbogen zu schreiben, mit seiner recht deutlichen Adresse zu versehen und an mich im verschlossenen Briefumschlag einzusenden.
- Bei jeder Bestellung oder Nachbestellung hat jeder Teilnehmer an diesem Preisausschreiben das Recht, einen neuen Namen in Vorschlag zu bringen.
- Das Preisgericht besteht aus dem Unternehmer und 5 unparteilichen Personen unter Hinzuziehung eines hiesigen Notars. Es dürfen weder obengenannte Personen noch Verwandte oder Bekannte derselben an diesem Preisausschreiben beteiligt sein; desgleichen ist auch Angestellten der Firma eine Beteiligung nicht gestattet.
- Es steht jedem Interessenten frei, sich selbst oder durch hier wohnende Verwandte oder Bekannte in meinem Kontor an Hand meiner Geschäftsbücher von dem Stand der Beteiligung zu überzeugen.
- Die Preisträger werden sämtlich schriftlich benachrichtigt, auch werden die Hauptpreisträger in allen Zeitungen, worin dieses Preisausschreiben erscheint, bekannt gemacht.
- Die Zuteilung durch das Preisgericht ist endgültig und unanfechtbar. Die Zustellung der Preise erfolgt kostenfrei bis zur Post oder Bahnstation des Empfängers.
- Jeder Teilnehmer unterwirft sich durch seine Beteiligung an diesem Preisausschreiben diesen Bedingungen. — Ich hoffe, dass keiner diese **günstige Gelegenheit** versäumen wird, meine erstklassigen Fabrikate zu probieren und sich die **risikolosen Vorteile dieses Preisausschreibens** entgehen lässt. Gleichzeitig bitte ich alle Beteiligten, wenn Ihnen meine Fabrikate gefallen, dieselben wieder zu bestellen

Ferdinand Klünder

Holsteinische Margarine- und Speisefett-Fabrik
Hamburg 33 Hellbrook D. 6.

Handelserlaubnis L. 4836/1768 vom Bankkonto: Deutsche Bank, Filiale Hamburg
28. 12. 22., Zulassungsstelle Hamburg Postscheckkonto: Hamburg 42695

Vertreter an allen Plätzen gesucht!

Die Sättigung,

die Beseitigung des Hungergefühls, ist der unmittelbare Zweck der Nahrung. Der Sättigungswert einer Speise richtet sich danach, wie lange das Hungergefühl durch ihren Genuß beschwichtigt wird. Die heutige Armut gestattet weitesten Kreisen nur wohlfeile Nahrung. Als wohlfeil gilt aber irrtümlicherweise nur eine Kost, die zwar den Magen füllt, aber nicht lange vorhält. Unabweisbar ist ihre Ergänzung durch eine konzentrierte Kraftkost von anhaltender Sättigungswirkung, wie sie in den Reichardt-Schokoladen dargeboten wird. Eine 100-Gramm-Tafel Reichardt-Schokolade enthält 156 Nährwerteinheiten, die gleiche Gewichtsmenge Fleisch (mittelfettes Ochsenfleisch) nur 119. Reichardt-Schokolade ist zudem — im Gegensatz zu Fleisch — schon zu Friedenspreisen hier erhältlich. Wo man Reichardt-Schokolade und Reichardt-Schokolade zu Vorkriegspreisen erhält, zeigen Plakate und Schilder mit dem bekannten Namenszuge an.

Kupfertessel

in bester Ausführung (handgearbeitet)

sämtliche Kupferschmiedearbeiten

fertigt an

Max Schwarz, Kupferschmiedemeister
Stolp i. Pom. Wollweberstr. 2.

Maschinen-
Zylinder-
Motoren-
Zentrifugen-
Auto-
Leder-

Maschinen-
Wagen-
Leder-
Huf-

Oele Fette

In. Treibriemen
2-teilige Holzriemenscheiben

J. de Veer, Stolp, Langestr. 13.
Fernspr. 792. Gegr. 1862.